

Nr. 107/10
Berlin, 12.07.2010

Bundesumweltministerium fördert Hallenbad im Passivhausstandard

Parlamentarische Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser übergibt Zuwendungsbescheid

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Ursula Heinen-Esser hat heute in Lünen (Nordrhein-Westfalen) der Bädergesellschaft Lünen mbH einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 1.552.500 Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm übergeben. Das Unternehmen errichtet ein Hallenbad im Passivhausstandard und deckt den Energiebedarf überwiegend aus erneuerbaren Energien. Mit dem innovativen Konzept können der fossile Energiebedarf um mehr als 60 Prozent und die CO₂-Emissionen um mehr als 40 Prozent gegenüber einem vergleichbaren Neubau reduziert werden.

"Die meist von Kommunen betriebenen Hallenbäder sind ein wichtiges Angebot für die Bevölkerung. Sie haben jedoch einen enormen Energieverbrauch, der die Kassen der Kommunen belastet. Mit diesem Projekt wird ein Weg gezeigt, wie Umweltschutz praktiziert, Energie eingespart und die kommunalen Finanzen geschont werden können", sagte Heinen-Esser.

Die Bädergesellschaft Lünen mbH hat mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und weiteren Partnern ein optimiertes Bau- und Betriebskonzept entwickelt, das den Verbrauch von Energie und Wasser so gering wie möglich hält. So wird die Wärme aus der Abluft zurück gewonnen und die Lüftungsanlage bedarfsgerecht gesteuert. Energetisch hocheffiziente Beleuchtungsanlagen ergänzen die weitestgehende Ausnutzung des Tageslichts. Die Wasseraufbereitung wird in Abhängigkeit der Besucherzahl reguliert, dadurch kann der Einsatz von Chemikalien reduziert werden. Die für den Betrieb des Hallenbades benötigte Energie wird über ein mit Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen betriebenes Blockheizkraftwerk und eine Photovoltaikanlage erzeugt. Eine messtechnisch begleitende Analyse gewährleistet technologische Transparenz und Erkenntnisgewinn für Neubau- und Sanierungsprojekte andernorts. An der Finanzierung des Vorhabens ist auch das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt.